

Der deutsche Außenhandel im Euro-Raum: konjunkturelle Effekte und strukturelle Bestimmungsgründe

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr in die Rolle des konjunkturellen Schrittmachers im Euro-Raum hineingewachsen. Dies steht in deutlichem Kontrast zu den vorangegangenen zehn Jahren. Die Gründe für das starke Wachstumsgefälle in dieser Zeit lagen weniger bei den Aufholprozessen oder den Impulsen durch den Zinskonvergenzprozess in einigen Mitgliedsländern im Vorfeld der Währungsunion. Vielmehr waren Fehlentwicklungen und strukturelle Schwächen, die eine hartnäckige Wachstumsstörung im Inneren verursachten und von Marktanteilsverlusten im Euro-Raum begleitet wurden, hierfür ausschlaggebend.

Nur schrittweise und mühsam hat sich die deutsche Wirtschaft aus dieser schwierigen Lage herausgearbeitet. Eine wichtige Voraussetzung dafür war der lohnpolitische Lernprozess hierzulande, der vor dem Hintergrund von Standortproblemen wichtiger Branchen und des hohen Sockels an verfestigter Arbeitslosigkeit in Gang gesetzt wurde. Zusammen mit den Restrukturierungsanstrengungen der Unternehmen hat dies maßgeblich auch zur Wiedergewinnung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit beigetragen. Auf diese marktkonforme Weise ist der Außenhandel Deutschlands innerhalb der EWU aus seiner zunächst stabilisierenden Funktion für die deutsche Konjunktur mehr und mehr zum Impulsgeber für die Partnerländer geworden.

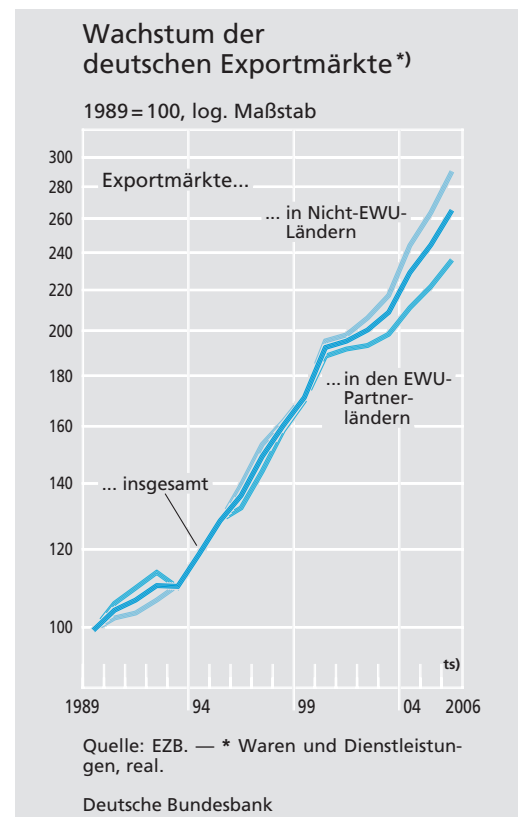
der im Zeitraum 1999 bis 2006 um 4½ Prozentpunkte auf 37¼ % zugenommen hat.

... als die
Importe

Die deutschen Importe von Waren und Dienstleistungen aus der EWU sind seit dem Beginn der dritten Stufe der Währungsunion preisbereinigt um 3½ % pro Jahr und damit erheblich langsamer gewachsen als die Exporte.²⁾ Insbesondere in den Jahren 2001 bis 2005 haben die deutschen Einfuhren nur wenig zugenommen; 2002 ist es sogar zu einem Rückgang gekommen. Erst 2006 zog die Nachfrage nach Importgütern aus den EWU-Ländern wieder kräftig an und erreichte mit einem Plus von 9½ % den höchsten Anstieg seit 1991. Das gesamte Volumen an Warenimporten der EWU-Partnerländer aus dem Euro-Raum ist im Zeitraum 1999 bis 2006 jedoch stärker gestiegen als die Einfuhr Deutschlands aus diesen Ländern. So ging der deutsche Anteil von 25 % im Jahr 1998 auf 23 % im Jahr 2002 zurück. Danach tendierte er bis 2005 wieder leicht nach oben. Im letzten Jahr stieg die Quote jedoch kräftig an, und zwar um fast einen Prozentpunkt auf 24¼ %.

Im Ergebnis
deutliche
Zunahme der
Nettoexporte

Das schwungvolle Wachstum der realen Exporte Deutschlands seit 1999 bei gleichzeitig verhaltener Zunahme der Importe hat zu einem beträchtlichen Anstieg der realen Nettoexporte (Waren und Dienstleistungen) geführt. Der Saldo gegenüber den EWU-Partnerländern schlug von einem Defizit in Höhe von 6¼ Mrd € im Jahr 1998 in einen Überschuss von 64½ Mrd € im Jahr 2005 um. Im vergangenen Jahr sank er geringfügig um ¾ Mrd €. Dem Wert nach hat der Saldo nicht ganz so stark zugenommen, nämlich von

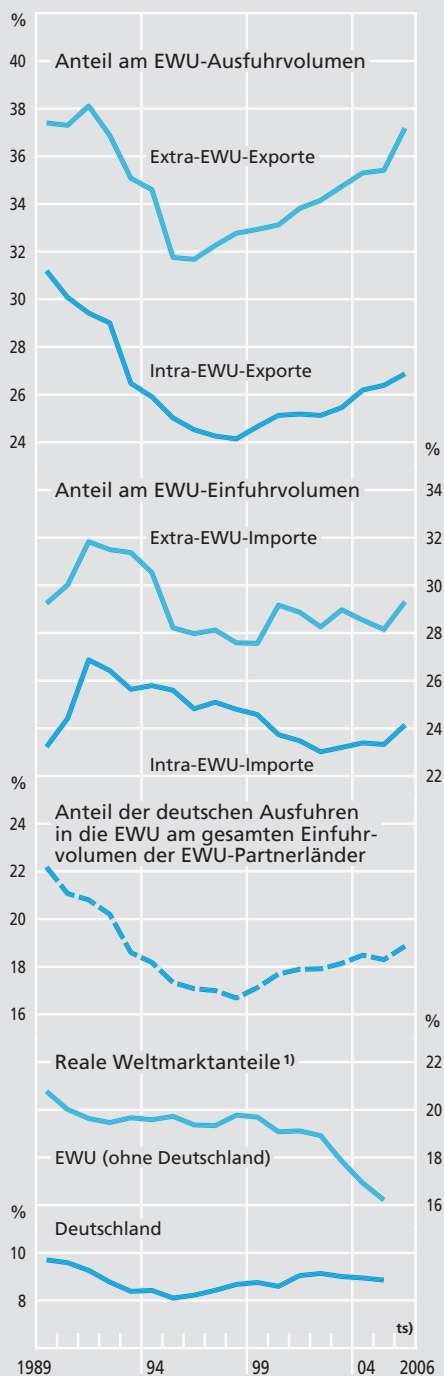


+ 3¼ Mrd € auf + 61¼ Mrd € im Jahr 2006. Vor allem gegenüber Frankreich, Spanien, Italien, Belgien und Österreich wurden hohe Überschusspositionen aufgebaut. Das Austauschverhältnis zwischen Deutschland und den Handelspartnern im Euro-Raum – das heißt die Terms of Trade berechnet auf der Basis der Export- und Importpreisindizes – ist wegen der relativ moderaten Entwicklung der deutschen Exportpreise seit 1998 um 7 % gesunken.

In realer Rechnung stieg der Saldo im Waren- und Dienstleistungsaustausch mit Drittstaaten in den letzten acht Jahren fast genauso

²⁾ Dabei wurden die Dienstleistungsausgaben mit den Exportpreisen für die Waren deflationiert, da die (eigentlich naheliegenderen) Importpreise sehr stark von den preisvolatilen Rohstoffimporten geprägt werden.

Deutschlands Gewicht im Außenhandel*) der EWU und Weltmarktanteile



Quellen: EZB, IWF und eigene Berechnungen. — * Waren. — ¹ Waren und Dienstleistungen.

Deutsche Bundesbank

kräftig wie der im Intra-Handel, und zwar von – 5 Mrd € auf 64 ½ Mrd €; wertmäßig fiel die Zunahme jedoch geringer aus. Dabei sind die nominalen Überschüsse im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit den USA und mit Großbritannien deutlich gewachsen, während das bilaterale Defizit gegenüber China weiter spürbar zugenommen hat. Der Saldo im Handel mit den OPEC-Ländern und Russland hat sich trotz der starken Erhöhung der nominalen deutschen Energieimporte in den letzten Jahren nur wenig verschlechtert, da die deutschen Exporteure erheblich von dem dynamischen, durch höhere Öleinnahmen getriebenen Wachstum der Nachfrage dieser Länder nach Importgütern profitierten. Mit der Verteuerung der deutschen Einfuhr von Rohöl und anderen Rohstoffen ging jedoch seit 2004 eine spürbare Verschlechterung (7 ½ %) der Terms of Trade im Handel mit Drittländern einher.

Die hohen Nettoexporte Deutschlands gegenüber den EWU-Staaten und Drittländern bilden den Kern des beträchtlichen Aktivsaldos in der Leistungsbilanz, der sich 2006 auf 5 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) belief. In diesem Zusammenhang ist verschiedentlich gefordert worden, Deutschland solle die hohe Überschussposition reduzieren, um dadurch einen Beitrag zum Abbau der globalen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu leisten.³⁾ Dabei wird – unabhängig von der offenen Frage, wie dies wirtschaftspolitisch umgesetzt werden soll – jedoch verkannt,

Deutsche Überschussposition als globales Problem?

³ Vgl.: UNCTAD, Trade and Development Report, 2006, S. 5 ff. Dort wird Deutschland zu den wichtigen Verursachern der globalen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte gezählt.

dass das Euro-Währungsgebiet (einschl. des deutschen Überschusses) gegenüber dem Rest der Welt ein Leistungsbilanzdefizit von $\frac{1}{4}$ % des EWU-BIP aufwies. Zu den globalen Ungleichgewichten in den Leistungsbilanzen hat der Euro-Raum insgesamt also kaum beigetragen.

Längerfristige Entwicklungstendenzen und Einflussfaktoren

*Umbrüche im
Außenhandel
durch Wieder-
vereinigung*

Das kräftige Exportwachstum und die relativ zurückhaltende Importnachfrage in den letzten Jahren, die zu dem Aufbau der beträchtlichen deutschen Überschussposition geführt haben, können nur richtig gewürdigt werden, wenn sie im Zusammenhang mit den makroökonomischen Entwicklungen nach der Wiedervereinigung in Deutschland gesehen werden. So hat die deutsche Exportwirtschaft seit dem Ende der neunziger Jahre – sowohl auf den Absatzmärkten in der EWU als auch im Extra-EWU-Handel – lediglich wieder einen Teil des Bodens gutgemacht, der zu Beginn des Jahrzehnts im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung „verloren“ gegangen war. Der rasche Anstieg der Inlandsnachfrage in den Jahren 1990 bis 1992, der zu einem Gutteil durch die Währungsunion mit der ehemaligen DDR und den großen aufgestauten „Warenhunger“ der ostdeutschen Bevölkerung hervorgerufen worden war, veranlasste viele deutsche Unternehmen dazu, angesichts der hohen Kapazitätsauslastung den Inlandsmarkt bevorzugt zu bedienen. Gleichzeitig sind die Importe in diesen drei Jahren um nicht weniger als $31\frac{1}{4}$ % gestiegen.

Wie stark der deutsche Außenhandel durch die wirtschaftlichen Folgen der Wiedervereinigung geprägt wurde, zeigt sich schon allein daran, dass der Überschuss im Warenhandel von 141 Mrd DM im Jahr 1989 auf $31\frac{1}{2}$ Mrd DM im Jahr 1991 zurückging und erst 1998/1999 wieder neue Höchstwerte erreichte. Der Importsog aus Deutschland hat im Verein mit dem moderateren Exportanstieg insbesondere in den Jahren 1990 und 1991 die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den anderen EU-Ländern deutlich gestützt beziehungsweise der dort bereits in Gang gekommenen Konjunkturabkühlung entgegengewirkt.⁴⁾ Den positiven Nachfrageimpulsen aus Deutschland standen jedoch insofern potenzielle Bremseffekte gegenüber, als der stabilitätspolitisch angezeigte Zinsanstieg in Deutschland auch auf die übrigen EWS-Länder ausstrahlte.

Zu dem vereinigungsbedingten Importsog kam eine erhebliche Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hinzu, die zum einen auf überhöhte Lohnabschlüsse in Westdeutschland und die übereilte Lohnanpassung in den neuen Bundesländern zurückzuführen ist. So waren die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten 1995 um 13 % höher als 1991 (weiter reichen die gesamtdeutschen Angaben nicht). Zum anderen wertete die D-Mark in diesen Jahren kräftig auf. Der Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit (berechnet auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes

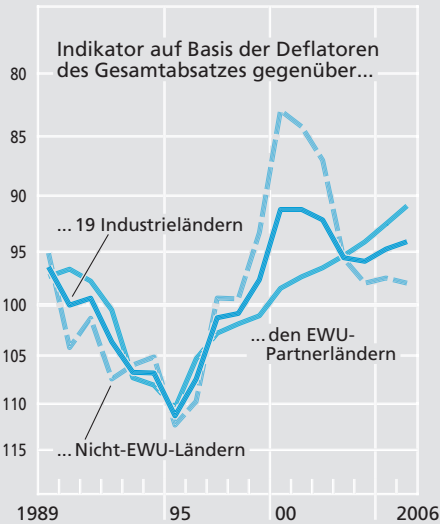
*Kräftiger
Importsog
und...*

*... Verschlechterung der
preislichen
Wettbewerbsfähigkeit*

⁴ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Der Einfluss des deutschen Vereinigungsprozesses auf die wirtschaftliche Entwicklung in den europäischen Partnerländern, Monatsbericht, Juli 1992, S. 29.

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

Durchschnitt seit 1975 = 100, jährlich, log. Maßstab¹⁾



¹ Skala invertiert: Anstieg der Kurve (Rückgang der Werte) kennzeichnet Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit.

Deutsche Bundesbank

gegenüber 19 Industrieländern) zeigt für den Zeitraum 1989 bis 1995 eine Verschlechterung um 12 ½ % an. Dabei waren die Einbußen gegenüber Drittstaaten noch etwas größer als gegenüber den späteren EWU-Partnerländern.

Des Weiteren wurde die deutsche Binnenkonjunktur durch die sehr hohen fiskalischen Belastungen des Vereinigungsprozesses, die vor allem aus der sprunghaft gestiegenen Kreditaufnahme des Staates und seiner Nebenhaushalte resultierten, und durch den 1995 einsetzenden scharfen Anpassungsprozess in der Bauwirtschaft zunehmend in Mitleidenschaft gezogen.⁵⁾ Die Folge war eine ausgeprägte Wachstumsschwäche um die Mitte der neunziger Jahre, die – von einer kurzen Unterbrechung durch den New-Economy-Boom in den

Jahren 1999 und 2000 abgesehen – bis Mitte dieses Jahrzehnts anhielt. Diese ging mit einem beträchtlichen Beschäftigungsabbau sowie einem entsprechenden Anstieg der Arbeitslosigkeit einher und führte zu einer drastischen Verschlechterung der öffentlichen Finanzen.

In der konkreten Situation, in der sich Deutschland Mitte der neunziger Jahre befand, standen faktisch nur wenige effektive Umsteuerungsmöglichkeiten beziehungsweise Anpassungsparameter zur Verfügung. Zum einen lag es nahe, über eine nachhaltige und tief greifende Lohnzurückhaltung der weiter zunehmenden Schieflage am Arbeitsmarkt⁶⁾ zu begegnen sowie die angeschlagene Attraktivität Deutschlands als Produktions- und Investitionsstandort wieder herzustellen. Zum anderen bot sich der deutschen Industrie mit der Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ die Chance, durch Verlagerungen von Produktion in die Reformländer in Mittel- und Osteuropa in erheblichem Umfang Kosten zu senken. Dieser Prozess hat sich im späteren Verlauf der neunziger Jahre und Anfang dieses Jahrzehnts noch beschleunigt, als der Beitritt der Mehrzahl der benachbarten Reformländer in die EU und damit die Angleichung

Seit Mitte der neunziger Jahre Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit

Tief greifende Wachstumsschwäche nach Auslaufen des Vereinigungsbooms

⁵ Vgl.: Europäische Kommission, Germany's growth performance in the 1990's, Directorate-General for Economic and Financial Affairs, European Economy, Economic Papers, No. 170, Mai 2002, S. 1 f., sowie Europäische Kommission, Raising Germany's growth potential, Directorate-General for Economic and Financial Affairs, European Economy, European Economy, Occasional Papers, No. 28, Februar 2007, S. 13 ff.

⁶ So ging die Zahl der Erwerbstätigen im Zeitraum 1992 bis 1997 um 3 % zurück, und die Zahl der Arbeitslosen nahm um 1,8 Millionen auf 4,4 Millionen zu; die Arbeitslosenquote erreichte 1997 mit 11,4% einen neuen Höchststand. Damit zählte Deutschland in der EWU zu den Ländern mit den größten Arbeitsmarktproblemen.

der Rechtssysteme an die westeuropäischen Standards mehr und mehr Konturen annahm.

Neue Rahmenbedingungen durch dritte Stufe der EWU

Im Vorfeld der dritten Stufe der EWU zum 1. Januar 1999 wurde die deutsche Wirtschaft vor neue Herausforderungen gestellt. Mit der D-Mark als einer der preisstabilsten Währungen und entsprechend geringen Risikoaufschlägen im Zins waren die Kapitalkosten für die heimischen Unternehmen bis in die neunziger Jahre hinein vergleichsweise günstig. Die rasche nominale Zinskonvergenz in den Partnerländern zum niedrigeren deutschen Niveau hin reduzierte die früheren komparativen Finanzierungsvorteile der deutschen Wirtschaft. Auf der Basis der nationalen Verbraucherpreise gerechnet, sah sich Deutschland im Vergleich zu den meisten anderen EWU-Ländern sehr bald schon im Hinblick auf die Realzinsen in einer unkomfortablen Spitzenposition. Dieser Effekt mag zeitweise als ein Faktor unter mehreren zu der relativen und absoluten Wachstumsschwäche Deutschlands beigetragen haben, er sollte aber nicht isoliert betrachtet werden.⁷⁾

Den Bremseffekten über den sogenannten Realzinskanal stand nämlich entgegen, dass die im Vergleich zu den meisten anderen EWU-Ländern moderate Preisentwicklung allmählich zu einer Verbesserung der deutschen Wettbewerbsposition innerhalb der EWU führte. Über diesen „Wettbewerbskanal“ wurden die deutschen Exporte in die Nachbarländer gefördert und die Position der heimischen Anbieter auf dem deutschen Markt gestärkt.⁸⁾ Der Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Raum hat sich

vom Beginn der dritten Stufe bis Ende 2006 um 11¼ % verbessert; seit dem Tiefpunkt im Frühjahr 1995 ist sogar eine Steigerung um fast ein Fünftel zu verzeichnen. Maßgeblich dazu beigetragen hat die ausgeprägte Lohnzurückhaltung, die vor allem mit Blick auf die hohe Arbeitslosigkeit letztlich ohne Alternative für die deutsche Wirtschaft war.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Ländern außerhalb des Euro-Raums wurde dagegen in starkem Maße von der Wechselkursentwicklung des Euro geprägt. Nachdem die deutschen Exporteure in den Jahren 1999 und 2000 noch von der kräftigen Abwertung des Euro gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner, insbesondere gegenüber dem US-Dollar, profitiert hatten, tendierte der Euro in den Folgejahren wieder deutlich nach oben. Der Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Ländern außerhalb der EWU verschlechterte sich in diesen sechs Jahren um fast ein Fünftel; sein Wert entsprach damit aber annähernd dem langfristigen Durchschnitt. Mitte der neunziger Jahre hatte die preisliche Wett-

Uneinheitliche Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf Drittmärkten

7 Der auf der Basis der tatsächlichen Teuerungsraten berechnete Ex-post-Realzins, mit dem in diesem Zusammenhang häufig argumentiert wird, ist kaum relevant für die Investitionsentscheidungen der Unternehmen. Diese orientieren sich vielmehr am Ex-ante-Realzins, also an dem Nominalzins, der um die Inflationserwartungen bereinigt wird. Die nationalen Unterschiede der Inflationserwartungen waren jedoch in dieser Phase deutlich niedriger als die Divergenzen der tatsächlichen Preissteigerungsraten. Zudem konvergieren die langfristigen Inflationserwartungen im Euro-Raum.

8 Vgl. dazu auch: European Economic Advisory Group at CESifo, Report on the European Economy, Februar 2007, S. 21 f.

bewerbsfähigkeit noch weit darunter gelegen.⁹⁾

Zur Bedeutung des Außenhandels für das Wachstum in Deutschland seit 1999

Beiträge der Außenwirtschaft zum BIP-Wachstum insgesamt sowie...

Die kräftige Ausweitung der realen Exporte um 80 ¼ % (in der Abgrenzung der VGR) seit 1999 hat rechnerisch 21½ Prozentpunkte zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beigetragen. Gleichzeitig sind die Importe preisbereinigt um 59 % gestiegen, was – in den Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen betrachtet – die BIP-Zunahme rechnerisch um 15 ¼ Prozentpunkte verringert hat. Per saldo belief sich der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte damit auf 6 ¼ Prozentpunkte, bei einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung um 11½ %.

...nach EWU und Drittstaaten getrennt

Differenziert man bei den Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen nach EWU und Drittstaaten, so ergibt sich folgendes Bild: Die realen Ausfuhren in die EWU-Länder haben im Zeitraum 1999 bis 2006 einen kumulativen Wachstumsbeitrag von 7¾ Prozentpunkten geliefert. Die Exporte in Länder außerhalb der EWU erbrachten einen BIP-Anstieg um 13¾ Prozentpunkte. Entsprechend sind die negativen kumulativen Wachstumseffekte der Einfuhr aus den EWU-Partnerländern auf 4½ Prozentpunkte und die aus der Extra-EWU-Einfuhr auf 10¾ Prozentpunkte anzusetzen. Daraus ergibt sich, dass bei saldenmechanischer Betrachtung die Nettoexporte in den Euro-Raum und in Drittstaaten über den gesamten Zeitraum Wachstums-

beiträge von 3¼ beziehungsweise drei Prozentpunkten geliefert haben.

Der etwas höhere Wachstumsbeitrag des Intrahandels ist darauf zurückzuführen, dass die realen Nettoexporte in die EWU seit 1999 durchgehend gestiegen sind, während der Außenbeitrag mit den Drittstaaten von 2002 bis 2003 nicht zuletzt wegen der Euro-Aufwertung schrumpfte. Zudem nahmen die Nettoexporte im Handel mit Partnern aus dem Euro-Raum in den Jahren 2004 und 2005 stärker zu als im Handel mit Drittländern. Im Jahr 2006 sind die Nettoexporte im Intrahandel jedoch geringfügig gesunken, während im Extrahandel ein beträchtlicher Anstieg des Außenbeitrags verzeichnet wurde. In den für Deutschland wirtschaftlich schwierigen Jahren 2002 bis 2005 belief sich der Wachstumsbeitrag der realen Nettoexporte auf drei Prozentpunkte, wovon zwei Punkte auf den Gütertausch mit den EWU-Ländern und ein Prozentpunkt auf den mit Drittstaaten entfielen. Das BIP nahm in dieser Zeit nur um insgesamt 2 % zu, und die Inlandsnachfrage ging um 1 % zurück.

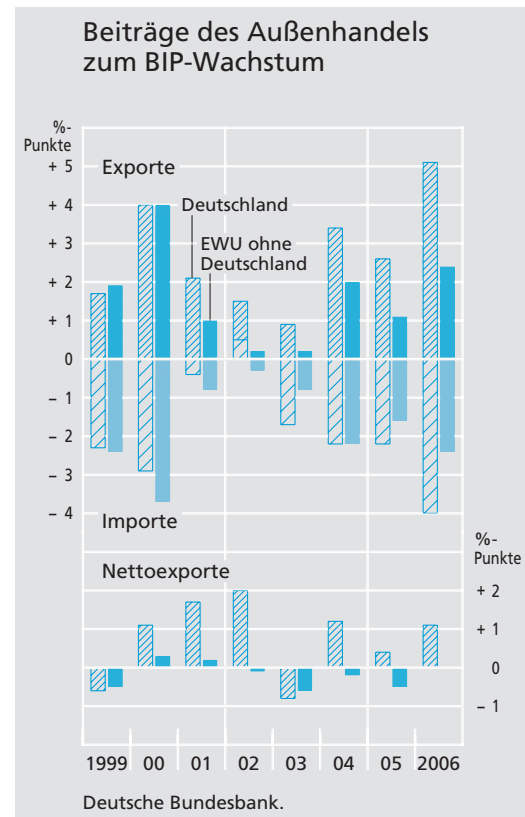
⁹ Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Entwicklung der deutschen Ausfuhr und der Einfuhr auf längere Sicht stärker vom Wachstum der ausländischen Absatzmärkte bzw. der heimischen Binnennachfrage bestimmt wird als von den relativen Preisen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit spielt jedoch im Handel mit den EWU-Partnerländern eine größere Rolle als auf den Drittmärkten. Näheres dazu siehe: K. Stahn, Has the impact of key determinants of German exports changed?, Diskussionspapier des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Serie 1, Volkswirtschaftliche Studien, Nr. 7/2006, sowie C. Stirböck, How strong is the impact of exports and other demand components on German import demand?, Diskussionspapier des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Serie 1, Volkswirtschaftliche Studien, Nr. 39/2006.

*Enger
Wachstums-
zusammenhang
zwischen
Export und
Import*

Auch wenn der reale Anstieg der deutschen Einfuhr insgesamt seit dem Beginn der dritten Stufe in den Jahren seit 1999 zumeist deutlich hinter dem der Ausfuhr zurückblieb, so besteht dennoch ein zunehmend enger werdender Zusammenhang zwischen beiden Größen. Dieser ist darauf zurückzuführen, dass der Importgehalt der deutschen Warenexporte in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre um fast zehn Prozentpunkte gestiegen ist und bis 2005 nochmals leicht auf knapp 42 % zugenommen hat. Auf diese Weise haben sich die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft auch in einer damit korrespondierenden Mehrnachfrage nach Importgütern niedergeschlagen. Dabei gibt es Anhaltspunkte, dass für die Produktion von Exportgütern in Deutschland die Importe aus der EWU und aus Drittstaaten fast gleichbedeutend sind. So wird in einer Untersuchung der EZB für das Jahr 2000 der entsprechende Anteil der Importe aus der EU (vor der Erweiterung) auf 22 ½ % und die Quote für die Einfuhr aus dem Rest der Welt auf 20 ½ % beziffert.¹⁰ Die Quote für die EWU dürfte wegen des kleineren Länderkreises etwas unter dem angegebenen Wert für die EU gelegen haben.

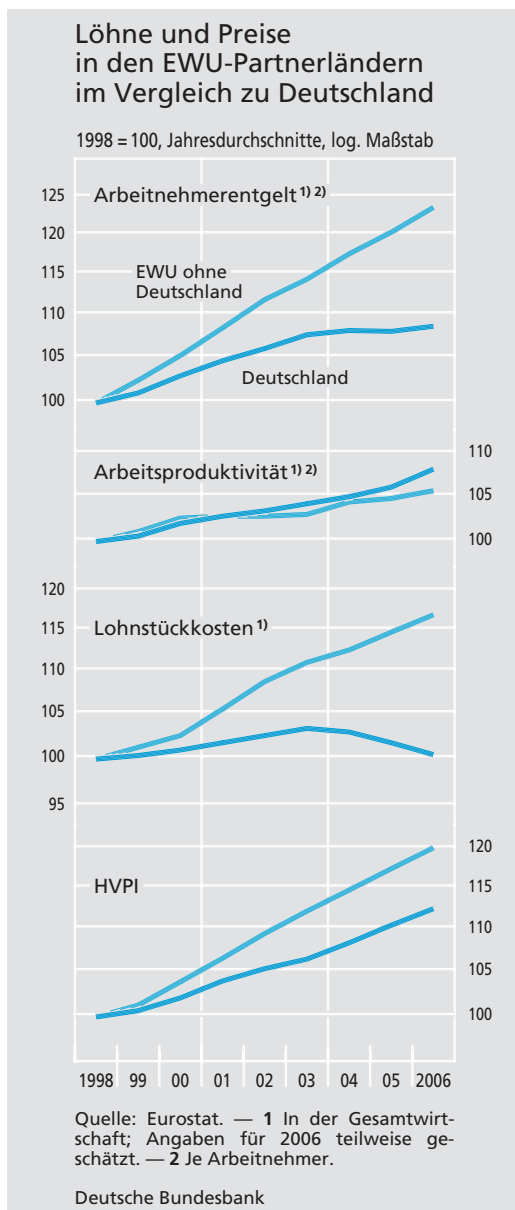
Wachstumseffekte exportinduzierter Importe in EWU-Partnerländern

Simulationen zur Abschätzung der Wachstumswirkungen der exportinduzierten deutschen Importe kommen zu dem Ergebnis, dass bei einem durchschnittlichen Importgehalt von 40 % seit 2004 rund 45 % der deutschen Einfuhr auf den Export zurückzuführen sind. Zur Untersuchung der Frage, inwieweit die übrigen Länder des Euro-Raums auf diesem Wege an dem kräftigen Exportanstieg Deutschlands partizipiert haben, wurde im



Rahmen einer Simulation das Niveau der deutschen Importe um eben diesen exportinduzierten Teil gesenkt. Dabei wurde unterstellt, dass die Nachfrage Deutschlands nach ausländischen Waren und Dienstleistungen ab 2004 dauerhaft auf ein im Vergleich zur Basislinie – dem tatsächlichen Importverlauf – 45 % niedrigeres Niveau gefallen sei. Für die EWU-Partnerländer zusammen genommen, wird dann im ersten Jahr ein um drei viertel Prozentpunkte geringeres Wachstum ausgewiesen. Im zweiten Jahr liegt der kontraktive Effekt noch bei knapp einem halben Prozentpunkt. Diese Ergebnisse sind jedoch insofern mit Vorsicht zu interpretieren, als in der Simulation die übrigen externen Variablen (Roh-

¹⁰ Vgl.: Europäische Zentralbank, Competitiveness and the export performance of the euro area, Occasional Paper Series, No. 30, Juni 2005, S. 65.



stoffpreise, EWU-Zinssätze, Wechselkurse sowie alle Variablen der Länder außerhalb des Euro-Raums) exogen bleiben. Die hier angegebenen Wirkungen umfassen daher nur die direkten Effekte. Realwirtschaftliche und preisliche Spillover-Effekte, die sich durch Außenhandelsverflechtungen innerhalb des Euro-Raums ergeben, werden somit nicht berücksichtigt.

Ein merklicher Wachstumsvorsprung der deutschen Exporte in die Partnerländer im Euro-Raum gegenüber den Importen ist schon dadurch angelegt, dass sich einige Länder in den letzten Jahren auf einem steileren Expansionspfad bewegten als die deutsche Wirtschaft. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass sich manche Staaten noch im wirtschaftlichen Aufholprozess befinden. Dabei sind auch der rasche Zinskonvergenzprozess im Vorfeld der Währungsunion und die zunehmende Integration der Finanzmärkte im Euro-Raum, die den früheren Hochzinsländern erhebliche Vorteile gebracht haben, mit ins Bild zu nehmen.¹¹⁾ Zum anderen wurde das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland in den neunziger Jahren durch die bekannten Sonderbelastungen und Fehlentwicklungen, nicht zuletzt im Gefolge der Wiedervereinigung, in Mitleidenschaft gezogen. All dies hatte zur Folge, dass die deutsche Wirtschaft seit Mitte der neunziger Jahre zumeist das Wachstumsschlusslicht im Euro-Raum bildete.

Wachstumsdivergenzen in der EWU

Ein weiterer wichtiger Grund für die divergierenden Tendenzen der Exporte und Importe im Außenhandel mit den EWU-Partnerländern war die moderate Lohnpolitik in Deutschland. Sie hat zum einen über eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Anbieter die Exporte stimuliert und die Importsubstitution tendenziell abgebremst. Zum anderen wurde aufgrund der geringen Einkommenssteigerungen die Expansion der Konsumnachfrage insgesamt zunächst gedämpft und wegen der

Einfluss der Lohnmoderation auf deutschen Außenhandel

¹¹ Vgl.: Europäische Kommission, Widening current account differences within the euro area, Quarterly report on the euro area, Dezember 2006, S. 31.

entsprechenden schwachen Zunahme des Aufkommens an Steuern und Sozialabgaben der Konsolidierungsdruck bei den öffentlichen Haushalten verstärkt. Über den gesamten Zeitraum 1999 bis 2006 ist das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in der EWU ohne Deutschland um 13¾ % stärker gestiegen als in Deutschland. Wegen der schwächeren Zunahme der Arbeitsproduktivität nahmen die Lohnstückkosten sogar um 16½ % rascher zu. Die Wettbewerbsverschiebungen im Euro-Raum sind also auch Ausdruck der Tatsache, dass in einigen Mitgliedstaaten die allgemeine Lohnentwicklung nur bedingt dem Produktivitätswachstum gefolgt ist. Gemessen daran, fiel die kumulierte Divergenz bei der Teuerung auf der Verbraucherstufe mit 7 % im Jahr 2006 noch relativ maßvoll aus.

Mit Hilfe des ökonometrischen Modells der Bundesbank wurde versucht, den Einfluss der Lohnmoderation auf den Außenhandel über die reale Abwertung und den Bremseffekt auf die Importnachfrage zu schätzen. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Verlagerung von Produktion in kostengünstige Reform- und Schwellenländer blieb dabei unberücksichtigt.¹²⁾ Bei der Simulation wurde unterstellt, dass die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im Durchschnitt der Jahre seit 1999 um 2½ % gestiegen wären, und nicht um gut 1 %, wie es tatsächlich der Fall war. Dann wäre das Arbeitnehmerentgelt im Jahr 2006 um 9¼ % höher gewesen. Die realen Importe hätten um 3½ % über und die Exporte um ¾ % unter dem Ist-Wert gelegen. Der kumulierte Wachstumsbeitrag des Außenhandels wäre somit zwar

spürbar niedriger (1¼ Prozentpunkte) ausgefallen, wegen der deutlich stärkeren privaten Endnachfrage aus dem Inland hätte das reale BIP den tatsächlichen Stand aber noch um gut ½ % übertroffen. Allerdings wäre dafür am Arbeitsmarkt ein hoher Preis zu zahlen gewesen; die Zahl der Erwerbstätigen hätte 2006 um 1¾ % unter der Basislinie gelegen. Vor allem auf längere Frist wären die negativen Wachstumskonsequenzen, die sich aus dem nachhaltigen Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit für die deutsche Wirtschaft und damit letztlich auch für den Euro-Raum ergeben hätten, noch gravierender gewesen. Zudem hätten sich die auf Dauer unumgänglichen Anpassungserfordernisse und der Reformdruck weiter vergrößert.

Die Wirtschaftsentwicklung im letzten Jahr bestätigt diese Sicht. Entsprechend hat die Diskussion, inwieweit das schwache Wachstum in Deutschland vor allem im Zeitraum 2001 bis 2005 im Verein mit der über die letzten Jahre hinweg gestärkten Wettbewerbsfähigkeit die Konjunktur in den Nachbarländern beeinträchtigte,¹³⁾ zwischenzeitlich erheblich an Bedeutung verloren. So nahmen die deutschen Importe von Waren und Dienstleistungen aus der EWU im Jahr 2006 mit real 9½ % erstmals seit Langem wieder stärker zu als die Exporte (7½ %), sodass die Nettoex-

*Deutsche
Wirtschaft
zuletzt wieder
Konjunktur-
lokomotive im
Euro-Raum*

12 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Deutschland im Globalisierungsprozess, Monatsbericht, Dezember 2006, S. 17–35, sowie S. Danninger und F. Joutz, What explains Germany's rebounding export market share?, IMF Working Paper, Februar 2007, S. 15.

13 Vgl.: The euro area's economy: Beggar thy neighbour, The Economist, 27. Januar 2007, S. 65 f., sowie J. Creel und J. Le Cacheux, La nouvelle désinflation compétitive européenne, Revue de l'OFCE, Juli 2006, S. 9–36, und O. Blanchard, A macroeconomic survey of Europe, MIT, mimeo, <http://econ-www.mit.edu/faculty/>, September 2006, S. 6.

porte leicht zurückgingen. Damit haben die Nachbarländer im vergangenen Jahr von der wieder lebhafteren konjunkturellen Entwicklung hierzulande deutlich profitiert. Für die EWU insgesamt ist es zudem auch längerfristig von Vorteil, dass Deutschland als größte Volkswirtschaft wieder Tritt gefasst hat und der jetzige Aufschwung nicht zuletzt aufgrund der Sanierungs- und Restrukturierungserfolge noch viel Perspektive bietet.¹⁴⁾ Dies trug 2006 bereits maßgeblich dazu bei, die Wachstumsunterschiede zwischen dem Euro-Raum und den anderen großen Industrieländern, insbesondere gegenüber den USA, spürbar zu verringern.

Schlussfolgerungen

*Lohn-
moderation
in Deutschland
ohne
wirtschafts-
politische
Alternative*

Insgesamt zeigt die beträchtliche Verstärkung des Wirtschaftswachstums in Deutschland, dass der moderate Kurs der Lohnpolitik – im Verbund mit der verstärkten internationalen Diversifikation der Produktion und den eingeleiteten Reformen am Arbeitsmarkt – erfolgreich war. Dies bedeutet zugleich, dass es für ein Mitgliedsland einer Währungsunion, das seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit wie-

derherstellen und seine Attraktivität als Produktions- und Investitionsstandort verbessern muss, keine nachhaltigen effektiven wirtschaftspolitischen Alternativen zu dem von Deutschland beschrittenen Weg gibt. Diese Erkenntnis findet inzwischen auch im wissenschaftlichen Diskurs breitere Unterstützung.¹⁵⁾

Deutschland ist insofern ein klassisches Beispiel dafür, wie marktkonforme Korrekturen unter den Spielregeln einer Währungsunion ablaufen und wirken. Aus dem langwierigen und mühsamen Anpassungsprozess in Deutschland seit Mitte der neunziger Jahre ist zudem die Schlussfolgerung zu ziehen, dass Fehlentwicklungen in der Lohnpolitik nachträglich nur schwer berichtigt werden können. Zudem strahlen derartige Korrekturen in einer relativ großen Volkswirtschaft mit hohem Offenheitsgrad wie der deutschen zwangsläufig auch deutlich in den außenwirtschaftlichen Bereich hinein.

¹⁴ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Aufschwung mit günstiger Perspektive, Monatsbericht, Februar 2007, S. 42 f.

¹⁵ Siehe dazu: O. Blanchard, Adjustment within the euro area. The difficult case of Portugal, mimeo, <http://econwww.mit.edu/faculty/>, November 2006, S. 24.